

Landeshauptstadt Magdeburg
 Stellungnahme der Verwaltung
 öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 31	S0241/07	05.11.2007

zum/zur A0126/07 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bezeichnung Einsatz Erneuerbarer Energien verstärken

Verteiler	Tag
Der Oberbürgermeister	13.11.2007
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	29.11.2007
Ausschuss f. Stadtentw., Bauen und Verkehr	13.12.2007
Ausschuss für Umwelt und Energie	18.12.2007
Stadtrat	17.01.2008

Mit dem Antrag A0126/07 wird der Oberbürgermeister gebeten, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, eine stärkere Nutzung Erneuerbarer Energien in Gebäuden privater und öffentlicher Nutzung per Gesetz zum Standard zu erheben. Dabei soll die Gesetzesinitiative des Landes Baden-Württemberg berücksichtigt werden.

Einen Entwurf für entsprechende Schreiben an
 den Minister für Landesentwicklung und Verkehr Herrn Minister Dr. K.-H. Daehre
 sowie
 die Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt Frau Ministerin P. Wernicke
 können Sie der Anlage entnehmen.

Holger Platz

ENTWURF

Min. für Landesentwicklung und Verkehr
Herrn Minister Dr. K.-H. Daehre
Turmschanzenstr. 30
39114 Magdeburg

Min. für Landwirtschaft und Umwelt
Frau Ministerin P. Wernicke
Olvenstedter Str. 4
39108 Magdeburg

31

**Initiative der Landeshauptstadt Magdeburg im Klimaschutz
Landesgesetzgebung "Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie"**

Sehr geehrter Herr Minister, (Sehr geehrte Frau Ministerin)

die Landeshauptstadt Magdeburg, Modellstadt für Erneuerbare Energien und Mitglied im Klimabündnis der europäischen Städte zum Erhalt der Erdatmosphäre, hat Verpflichtungen und Verantwortung im Klimaschutz übernommen.

Zahlreiche Initiativen des Landes Sachsen-Anhalt wie auch der Kommunen konnten in der Vergangenheit Erfolge im Klimaschutz nachweisen. Die Ergebnisse der Klimaforschung zeigen jedoch, dass dringend weiterer Handlungsbedarf besteht. Die negativen Klimavorhersagen früherer Jahre werden von der Realität längst eingeholt. So ist der Rückgang des arktischen Eises wesentlich weiter fortgeschritten als bisher vorhergesagt. Die dramatischen Fakten des Klimawandels hat eine internationale Expertenkommission in Paris vorgestellt. Der Bericht „Climate Change 2007“ ist gleichzeitig eine Aufforderung an die Klimapolitik, jetzt zu handeln.

Die Bevölkerung ist für die Themen Klimaschutz, Energieeinsparung und Kosteneinsparung in hohem Maße sensibilisiert - häufig werden fehlende politische Weichenstellungen angemahnt.

Den Entwurf des „Gesetzes zur Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie in Baden-Württemberg“ (ErneuerbareWärme-Gesetz-EWärmeG) und den Gesetzesentwurf der Bundesregierung (Arbeitstitel Bundeswärmegesetz) möchte ich zum Anlass nehmen, Sie

für die Initiative der Landeshauptstadt Magdeburg zu gewinnen, auch in Sachsen-Anhalt ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren zu eröffnen.

Die Ansiedlung namhafter Herstellerfirmen im Bereich alternativer Energien in und um Magdeburg setzt Signale. Die Förderung des Einsatzes dieser Produkte muss aus umwelt- und wirtschaftspolitischer Sicht durch konkrete Maßnahmen gestärkt werden.

Dass Potenziale dafür vorhanden sind, steht für mich außer Frage. Die CO₂ Bilanz 2007 Magdeburg weist aus:

- Allein auf die Bereitstellung Raumwärme und Brauchwasser im Wohnbereich (kein Gewerbe) entfallen 18 % der CO₂ Gesamtemissionen. Dabei ist die Fernwärme unberücksichtigt.
- Durch den Strombezug entstehen 31% der CO₂ Gesamtemissionen.

Reduziert werden können diese CO₂ Emissionen durch Maßnahmen der Energieeffizienz, Wärmedämmung (z.B. Einführung des Passivhausstandards) und des verstärkten Einsatzes erneuerbarer Energien (z.B. 30 % im Neubau und 20 % im Altbaubereich). Diese Maßnahmen können neben positiven Auswirkungen auf Umweltaspekte auch Kapitalinvestitionen und eine Stärkung der regionalen Wertschöpfung nach sich ziehen.

Aktive Klimaschutzpolitik, regionale Wertschöpfung und mittelfristige Kostenreduzierung zur Entlastung der Privathaushalte und mglw. der Kommunen - dies sind Ansatzpunkte, die aufgegriffen werden müssen, im Sinne einer erfolgreichen Klimaschutzpolitik und zukunftsfähigen Gesetzgebung des Landes Sachsen-Anhalt.

Sehr geehrter Herr Minister, (Sehr geehrte Frau Ministerin,) ich bitte Sie daher, den Klimawandel auch auf Landesebene im politischen Handeln verstärkt zu thematisieren und ein Gesetz "Nutzung erneuerbarer Wärmeenergie" für das Landes Sachsen-Anhalt auf den Weg zu bringen

Mit freundlichem Gruß

Dr. Lutz Trümper